



Foto: Fumiko Matsuyama

Menschenmenge auf der Berliner Mauer, im Hintergrund der Reichstag am 10. November 1989.

# Der Systemwechsel von 1989 in Zentraleuropa – logische Entwicklung oder historischer Zufall?

Von Peter Haslinger

Wie lässt sich der plötzliche Kollaps der vermeintlich so fest gefügten staatssozialistischen Systeme in der östlichen Hälfte Europas innerhalb nur eines Jahres erklären? Oder etwas zugespitzt gefragt: Handelt es sich dabei um das Ergebnis einer logischen Entwicklung oder vielmehr um einen historischen Zufall? Die Beantwortung dieser Fragen, die mit dem Mysterium der Eigendynamik des Sommers und Herbstes von 1989 zusammenhängen, ist nur scheinbar einfach.

Um diese Fragen beantworten zu können, lassen sich zunächst folgende Faktoren unterscheiden:

Zum einen verschärfte sich in allen Staaten des Warschauer Paktes, allen voran in der Sowjetunion, in den 1980er Jahren eine tiefe sozio-ökonomische Krise, aus der sich innerhalb der Systemgrenzen kein Ausweg mehr abzeichnete. In Ostmitteleuropa und in Jugoslawien hatten die kommunistischen Führungen bereits seit den Siebziger Jahren versucht, die politische Neutralität der Bevölkerung durch neue Konsummöglichkeiten sicherzustellen und die planwirtschaftlichen Systeme dadurch attraktiver zu gestalten. Dies verschärfte die Systemwidersprüche jedoch nur weiter: Sinkende Produktivität, chronische Mangelwirtschaft, „Reformstau“ und eine hohe Westverschuldung waren die Folge. Nur scheinbar paradox ist dabei aus heutiger Sicht, dass die Planwirtschaften, die sich dem Westen gegenüber stärker geöffnet hatten (nämlich Ungarn und Polen), eine krisenhaftere Entwicklung zu durchlaufen schienen als die strukturalistischen oder reformfeindlichen Regime der DDR, der Tschechoslowakei und Bulgariens. Die Entwicklungen in Ungarn waren seit der Ölkrise Ende der Siebziger Jahre dabei durch einen wirtschaftlichen Schlingerkurs gekennzeichnet, wobei sich Liberalisierungsschübe und erneute Regulierung immer wieder abwechselten.

Zweitens sollte in den Ländern des Warschauer Paktes, in denen schon zuvor existenzielle Krisen der herrschenden Ordnung zu verzeichnen gewesen waren – in der DDR 1953, in Ungarn und Polen 1956, erneut in Polen 1970 und vor allem im Jahr der *Solidarność* 1980/81 – der weltpolitische Kontext des Kalten Krieges nach innen und au-

ßen eine minimale Akzeptanz des politischen Systems plausibel machen. Hier ist vor allem Polen zu nennen, in dem sich seit der Verhängung des Kriegrechts eine prekäre Balance einstellte, nämlich zwischen fortdauernder Widerständigkeit der Gesellschaft und der nur mühsam aufrecht erhaltenen Kontrolle von Politik und Wirtschaft durch die kommunistische Führung unter General Wojciech Jaruzelski. Um in der Bevölkerung um Unterstützung zu werben, spielte man in allen Staaten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmend auch die nationale Karte: Nationale Motive erhielten Einzug in die ideologisch-politische Legitimation, teilweise kann man von einer populistischen Politik mit nicht intendierten Folgewirkungen sprechen. Wesentlich waren hier die erweiterten Spielräume, die die Entspannungspolitik in den Jahren vor 1989 schuf.

All dies ist, drittens, jedoch nicht denkbar ohne die Zerfallserscheinungen innerhalb der Sowjetunion. Schließlich war es die Reformpolitik

Michail Gorbachevs, die den internationalen und sicherheitspolitischen Handlungskontext auch für die politischen Führungen der Länder des Warschauer Paktes stufenweise, wenn auch radikal veränderte. Die Folge war eine Destabilisierung des gesamten Machtgefüges, das unter Stalin noch kompromisslos auf die Interessen und Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion ausgerichtet war. Gorbachev, dem es mit seiner Reformpolitik eigentlich um die Konsolidierung des kommunistischen Systems ging, verschärfte, ohne es zu bezwecken, die Legitimitätskrise in Ostmitteleuropa. Um auf gelebte Referenzmodelle für seine eigene Reformpolitik verweisen zu können, setzte er 1986 Signale in Richtung reformkommunistischer Kräfte in den Warschauer-Pakt-Staaten: Es solle ohne Einmischung von Seiten der Sowjetunion nach eigenen Lösungen gesucht werden, die politische Legitimität musste nun selbst hergestellt werden.

Mit Gorbachevs Kurswechsel ergab sich daher eine Umkehrung der Hand-



Foto: Rainer Schmidt



Fotos: Johann Biedermann

Republiken und ohne den schon losgebrochenen armenisch-aserbeidschianischen Grenzkrieg – damals noch innerhalb der Sowjetunion – nicht denkbar gewesen. Der Interventionsverzicht Gorbačevs in Ostmitteleuropa im Herbst 1989 war daher wesentlich dem sowjetischen innenpolitischen Kalkül geschuldet. Denn angesichts der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise, in der sich die Sowjetunion damals bereits befand, waren die politischen Kosten eines radikalen Kurswechsels zu groß – nicht zuletzt für den Generalsekretär persönlich. Im Vergleich dazu erschie-



lungslogiken: Nun waren die Reformkräfte kurskonform, die strukturkonservativen Regime schlüpfen in die Rolle potenzieller Bündnispartner für eine innersowjetische Opposition gegen Gorbačev. Diese Politik führte zu einer völligen Entsolidarisierung der kommunistischen Parteiführungen und letztendlich zur Selbstlähmung der Repressionsapparate. Sie öffnete ab 1988 die Möglichkeit, dass Teile der kommunistischen Nomenklatura eine irreversible Reformpolitik anstoßen konnten, da sie die politische Verantwortung für ein funktionsunfähiges System nicht weiter übernehmen wollten. Der Runde Tisch in Polen und der Abbau des Eisernen Vorhangs durch Ungarn Anfang Mai 1989 wäre ohne den Teilkollaps der sowjetischen Wirtschaft, ohne die Souveränitätserklärungen der baltischen



nen die teilweise freien Wahlen, die die im Untergrund erstarkende polnische freie Gewerkschaft Solidarność in die politische Verantwortung einbinden und dadurch das staatssozialistische System letztendlich stabilisieren sollte, verschmerzbar.

Bis hierher erscheint der Weg in Richtung Systemwechsel als eine logische Entwicklung. Gerade der 4. Juni 1989 zeigt jedoch, dass dies zu kurz gedacht ist. Denn die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung am Platz des Himmlischen Friedens in Peking – am selben Tag, an dem in Polen unter den neuen Rahmenbedingungen die Wahlen zum Sejm stattfanden – eröffnete ein alternatives Entwicklungsmuster, die Stabilisierung des Systems durch den massiven Einsatz von Gewalt. Dies war, wie wir heute wissen, eine Handlungsoption, die vor allem in der DDR durchaus in Betracht gezogen wurde. Dies führt uns zum vierten Faktor der Dynamik des Jahres 1989: Die historische Dynamik erschloss sich auch wesentlich durch jene unabhängigen Gruppen und Persönlichkeiten, die mit erheblicher Risikobereitschaft das Tempo verschärften und erst bedingten, dass das über Jahrzehnte eingelernte

Isolierungs- und Kontrollgefühl innerhalb der Bevölkerung überwunden werden konnte.

Ein wesentliches Moment spielten hier noch, fünftens, die Medien. Dies beschränkt sich nicht nur auf die westdeutsche Berichterstattung, deren Reichweite für die Bürger der DDR ein paralleles Informationsangebot bereit hielt, auf das sich auch das staatliche Fernsehen letztendlich beziehen musste. Auch für andere Länder direkt am Eisernen Vorhang ist eine exakte Trennung von in- und ausländischen Medienwirkungen trotz der Sprachbarrieren kaum möglich. Neben den Radioprogrammen von Radio Free Europe ist hier nicht nur auf die Wahrnehmung westlicher Fernsehsender, etwa des Österreichischen Rundfunks, in den Nachbarstaaten zu verweisen, sondern auch auf die Rolle weniger reglementierter Berichterstattung innerhalb des Ostblocks – so wurde etwa in Rumänien das ungarische, bulgarische und sowjetische Fernsehen in grenznahen Regionen und in der Hauptstadt Bukarest gesehen. Entsprechend konnte in kritischen Phasen des Herbstes 1989 selbst von systemkonformen Medien eine erhebliche Signalwirkung ausgehen. Eine

breite Öffentlichkeit bezog daraus nicht nur Informationen, sondern leitete daraus abweichende Möglichkeitsszenarien ab, die sie in direkter Weise auf die eigene Lebenssituation bezogen.

1989 – logische Entwicklung oder historischer Zufall? Es bleibt abschließend festzuhalten, dass beides zutrifft. Zwar untergrub die ökonomische Krise der kommunistischen Systeme zunehmend und irreversibel die Legitimität der Parteileitungen. Die Abgabe oder Teilung der Verantwortung für die Zukunft des jeweiligen Landes war jedoch keineswegs so zwangsläufig und logisch wie sie heute erscheinen mag. •

#### DANKSAGUNG

*Für die großzügige und unbürokratische Bereitstellung zahlreicher Fotos und Abbildungen, die im Rahmen dieses Schwerpunkts veröffentlicht sind, bedankt sich die Redaktion herzlich bei*

- den Mitarbeitern des Internet-Archivs „Wir waren so frei... Momentaufnahmen 1989/1990“, das von der Deutschen Kinemathek – Museum für Film und Fernsehen und der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird, und bei allen Fotografen, die dort ihre Bilder zur Verfügung stellen,
- dem Herder-Institut e.V. Marburg und den Mitarbeitern des Bildarchivs,
- dem Stadtarchiv Gießen,
- der Gießener Allgemeinen Zeitung,
- dem Jaron Verlag, Berlin, und dem Fotografen Harald Hauswald für die Genehmigung, Fotos aus dem Band „Gewendet“ verwenden zu dürfen und bei
- Dr. Johann Biedermann, Institut für Slavistik, Universität Gießen.



**Prof. Dr. Peter Haslinger**

Justus-Liebig-Universität Gießen  
Osteuropäische Geschichte  
Otto-Behaghel-Straße 10 D  
35394 Gießen  
Telefon: 0641/99-28252

**Peter Haslinger**, geb. 1964 in Innsbruck, studierte Geschichte, Japanologie, Slavistik und Finno-Ugristik in Wien und Budapest. 1990–1995: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien; 1997–2001: Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sonderforschungsbereichs 541 „Identitäten und Alteritäten“ der Universität Freiburg; 2001–2007: Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Bibliotheksreferent am Collegium Carolinum in München. Seit April 2007 ist Prof. Haslinger Direktor des Herder-Instituts Marburg und zugleich Professor für die Geschichte Ostmitteleuropas am interdisziplinären Gießener Zentrum Östliches Europa (GiZo). Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. die Geschichte Ostmitteleuropas insbesondere der böhmischen Länder, der Slowakei und Ungarns 1867–1938 sowie Nationalismus, Regionalismus und Minderheitenfragen in Ostmittel- und Südosteuropa.